



Bertin Eichler

Hauptkassierer der IG Metall

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat.“

1. Mai-Kundgebung

Weiden, am alten Rathaus

1. Mai 2010

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wir gehen vor“ - Für gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat. Das ist unser Motto für den heutigen 1. Mai. Der 1. Mai, der Tag der Arbeit ist unser Tag!

Wir gehen vor! Das sagen wir nicht, um uns über andere zu erheben. Im Gegenteil! Wir wollen, dass alle Menschen in diesem Land Lebenschancen bekommen. Und eine Mehrheit der Menschen in diesem Land ist dafür auf Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt angewiesen.

Deshalb kämpfen wir mit ihnen für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gerechtigkeit. Deshalb sagen wir: Wir gehen vor! Wir Menschen sind wichtiger als die Renditeerwartungen von Finanzinvestoren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Jahren haben uns viele die Weisheit verkaufen wollen, dass Geld arbeitet. Ich habe aber noch nie einen Euro am Hochofen schwitzen sehen. Ich habe noch nie einen Dollar am Band Akkord arbeiten sehen. Ich habe noch nie einen Yen im Entwicklungsbüro tüfteln sehen. Und ich habe auch noch nie einen Cent gesehen, der alte Menschen gepflegt oder Kinder unterrichtet hätte.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Geld arbeitet nicht“, egal was uns Professoren wie Herr Sinn oder die neoliberalen Edelfedern in den Redaktionstuben einreden wollen. Geld arbeitet nicht, es vermehrt sich nur; unreguliert und von Spekulanten mit ihrer schieren Gier nach Profit getrieben; vollkommen gleichgültig ob dabei links oder rechts Menschen in ihren Lebensbedingungen betroffen sind oder nicht.

Nur Menschen arbeiten. Sie schaffen den Reichtum dieser Erde. Und jetzt sollen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die Krisen ausbaden und die Kosten schultern, die andere verursacht haben. So nicht! Nicht mit uns!

Wir Gewerkschaften und Betriebsräte haben durch unser Engagement seit Beginn der Krise hunderttausende Arbeitsplätze gesichert. Wir haben eine Katastrophe am Arbeitsmarkt verhindert!

Wir machen erfolgreich Druck auf die Politik: Die Umweltprämie, die Konjunkturprogramme, die verbesserte Kurzarbeit – all das geht wesentlich auf unsere Initiative zurück. Damit haben wir mit dafür gesorgt, den Totalabsturz der Wirtschaft in der Krise zu verhindern.

Und mit den jüngsten Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst, in der Metall und Elektroindustrie und in der Chemieindustrie haben wir in diesem Frühjahr bewiesen: Wir gestalten gute Tarifpolitik! Wir sichern Arbeitsplätze und Einkommen!

Bei jedem dieser Tarifergebnisse ist klar: Wir reden nicht nur über Bildung, Ausbildung und Zukunftsperspektiven für junge Menschen. Wir schaffen sie!

Ganz konkret:

- Mit der Übernahmevereinbarung, die ver.di für den öffentlichen Dienst erreicht hat.

- Mit „Zukunft in Bildung“ - der neuen Bildungsteilzeit, die die IG Metall für die Metallwirtschaft vereinbart hat.
- Und mit der aktuellen Ausbildungsvereinbarung der IG BCE, die in der Chemischen Industrie in den nächsten Jahren jeweils 9000 Ausbildungsplätze sichert.

All diese Beispiele zeigen: Wir haben seit Beginn dieser Krise entschlossen gehandelt! Wir mischen uns erfolgreich ein! Wir beschreiben nicht nur die Probleme, wir sind der Lage Lösungen durchzusetzen! Und ich finde: auf diese Bilanz dürfen wir ruhig auch mal stolz sein, Kolleginnen und Kollegen!

Natürlich werden wir uns darauf nicht ausruhen. Wir gehen vor, heißt auch: Wir gehen nach vorne! Und wir werden uns in den kommenden Monaten weiterhin gesellschaftspolitisch einmischen. Das ist bitter nötig!

Die Wirtschaftskrise ist noch längst nicht vorbei. Weltweit haben bisher annähernd 100 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Sie alle zahlen die Zeche für eine wirtschaftliche Entwicklung, die sie nicht verursacht haben!

Und auch wenn wir in den letzten Wochen eine leichte wirtschaftliche Erholung spüren, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Die Wirtschaftsleistung ist noch weit entfernt vom Niveau vor der Krise. Und ob wir in diesem Jahr die prognostizierten 1,5 bis 2 Prozent Wachstum sehen werden, ist alles andere als sicher.

Nach wie vor bestehen enorme Risiken für Arbeitsplätze und industrielle Strukturen. Nach wie vor wird an den Finanzmärkten gezockt, was das Zeug hält.

Kaum haben wir die Krisenbrände gelöscht, zünden die Rohstoffspekulanten sie wieder an und legen noch Briketts nach. Das dürfen wir, das darf die Politik nicht akzeptieren!

Und auch der Fall Griechenland zeigt, dass sogar auf den Bankrott ganzer Länder gewettet wird. Und in Spanien braut sich schon die nächste Immobilienblase zusammen. Wenn wir nicht gegensteuern, dann ist die nächste Krise jetzt schon vorprogrammiert!

Deshalb wird es höchste Zeit, dass die Politik endlich Konsequenzen zieht! Diejenigen in Wirtschaft, Banken und Politik, die uns dieses Desaster eingebrockt haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden!

Die Brandstifter der Krise, kommen heute als Biedermänner daher. Die Spekulanten an den Finanzmärkten, die Zocker auf den Immobilien- und Rohstoffmärkten und die wissenschaftlichen Wiederkäuer des immer gleichen Unfugs. Sie gehören vor eine Wahrheitskommission - sie dürfen nicht ungeschoren davon kommen.

Und auch die Politik hat versagt. Erst hat sie die Finanzmärkte dereguliert und damit den Zockern und Spekulanten die Spieltische aufgestellt. Und dann hat sie es bis heute versäumt, entsprechende Konsequenzen aus der Krise zu ziehen. Wo sind denn die neuen Regeln für Finanzmärkte, mit denen der gerade noch abgewendete Zusammenbruch des Bankensystems künftig verhindert werden soll? Ich sehe keine.

Auch die Politik gehört vor die Wahrheitskommission. Es sind endlich Konsequenzen notwendig. Nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern heute und sofort.

Das heißt konkret: Die Finanzmärkte müssen endlich wirksam reguliert werden. Der Marktradikalismus ist grandios gescheitert. Und das liegt nicht nur an der Gier einzelner Manager, Banker und Spekulanten. Hier hat weltweit ein ganzes System versagt!

Ein System, das die kurzfristige Rendite und die Herrschaft der Finanzmärkte über alles stellt! Über die menschliche Arbeit und ihre Würde! Über eine nachhaltige, ökologisch verträgliche Ökonomie. Sogar über unsere Demokratie! Und damit über die Zukunft und die Entwicklungschancen ganzer Gesellschaften!

Für uns ist deshalb klar: Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel! So wie bisher darf es nicht mehr weitergehen! Es genügt nicht, wenn Politiker immer wieder beteuern, die Wirtschaft müsse den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Wenn das ernst gemeint sein soll, dann muss die Politik bitte schön auch so handeln! Dann muss sie endlich Regeln durchsetzen, damit das auch passiert, Kolleginnen und Kollegen!

Aber wenn ich mir anschau, was die jetzige Bundesregierung dazu bisher auf den Weg gebracht hat, dann stelle ich fest: Sie hat noch nicht einmal im Ansatz die richtigen Lehren aus der Krise gezogen!

Eine Milliarde im Jahr sollen die Banken in einen Fonds einzahlen, um in Zukunft selbst für unkalkulierbare Kreditrisiken geradzustehen.

Das klingt gut, aber ich erinnere daran: Das letzte Bankenrettungsprogramm, für das wir als Steuerzahler geradestehen müssen, umfasste Garantien von über 480 Milliarden! Jetzt wird darüber nachgedacht, den Banken eine Milliarde pro Jahr zuzumuten. Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung sorgt dafür, dass wir schon in 480 Jahren für die nächste Krise gerüstet sind!

Kolleginnen und Kollegen, so lange plant vielleicht die katholische Kirche, aber real ist das eine Scheinlösung! Das wird den nach wie vor bestehenden Risiken an den Finanzmärkten nicht ansatzweise gerecht. Und deshalb ist das unverantwortliche Politik und nichts anderes, Kolleginnen und Kollegen!

Und wenn wir die politischen Verhältnisse in Berlin nüchtern betrachten, dann muss uns klar sein: Solange die FDP dort mitregiert, wird die Regierung auch auf anderen Politikfeldern keinen politischen Kurswechsel einleiten.

Im Gegenteil: Die FDP treibt ihre unverblünte Klientelpolitik immer weiter auf die Spitze: Sie beschenkt Hoteliers mit Steuergeschenken, nachdem sie vorher die Spenden kassiert hat.

Guido Westerwelle – unser aller Vizekanzler - geht offen auf die Schwächsten dieser Gesellschaft los, spricht von spätrömischer Dekadenz. Er meint damit ausgerechnet die Menschen, die es in unserer Gesellschaft besonders schwer haben. Menschen, die oft jahrzehntelang den Buckel krumm gemacht haben. Menschen, die keine Chance auf eine ordentliche Arbeit bekommen. Viele erziehen alleine Kinder. Andere sind gesundheitlich eingeschränkt.

Es gibt viele unterschiedliche Lebenslagen und Gründe, warum Menschen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind. Und für uns ist klar: Wer in diesem immer noch reichen Land auf unsere Solidarität angewiesen ist, der muss sie auch bekommen, Kolleginnen und Kollegen!

Deshalb ist es höchste Zeit, die Grundsicherung so anzupassen, dass ein einigermaßen menschwürdiges Leben überhaupt möglich ist.

Wir akzeptieren nicht, dass die Kinderarmut weiter sprunghaft ansteigt, während die FDP für die Top-Verdiener die Steuern noch weiter senken will!

Das ist eine Sauerei! Das ist der Geist, indem der Vizekanzler und Außenminister dieser Republik Politik macht. Und ich kann Herrn Westerwelle nur sagen: Das spätantike Rom wurde als dekadent bezeichnet, weil sich dort niemand anderes als die politischen Eliten einen „anstrengungslosen Wohlstand“ auf Kosten der Bevölkerung erlaubt hatten!

Weil sie sich vollständig vom Leben und der sozialen Wirklichkeit der Menschen entfernt hatten! Das ist die Dekadenz! Die Haltung scheint aber auch heute noch bei einigen in der Politik vorzukommen! Und wir werden jedenfalls nicht tatenlos zusehen, wie sie die Zukunft unseres Landes vor die Wand fahren!

Daher sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

fordere ich sie auf, machen sie es wie Toyota. Rufen sie ihren Vizekanzler Westerwelle zurück. Die Diagnose lautet: „Kopfdichtung defekt, Schraube locker, nicht zu bremsen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

je dringender wir gerade jetzt einen starken, handlungsfähigen Staat brauchen, desto lauter schreit die FDP nach Steuersenkungen. Dabei ist es zweitrangig, ob die FDP gerade 35, 24 oder 16 Milliarden verschenken will, die wir nicht haben!

Die ganze Grundrichtung ist falsch! Dieses Geld kann unsere Gesellschaft viel besser in Kindergärten, in Schulen und Hochschulen, in neue Arbeitsplätze, in Forschung und soziale Einrichtungen investieren, als es an Besserverdienende zu verteilen!

Für uns bleibt es dabei: Starke Schultern müssen in unserer Gesellschaft mehr tragen als die Schwachen. Mit ihrem neuen Steuermodell versucht die FDP, in der Bundesregierung genau das Gegenteil zu erreichen.

Selbst das wirtschaftsnahe Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat berechnet: Die Gruppe mit den niedrigsten Einkommen soll nach dem Willen der FDP elf Euro im Jahr an Steuern sparen. Elf Euro! Die Gruppe mit dem höchsten Einkommen soll um fast 2.500 Euro entlastet werden.

Das ist Freiheit und Gerechtigkeit à la FDP und das wird niemals unser Verständnis von Freiheit und Gerechtigkeit sein, Kolleginnen und Kollegen!

Am kommenden Wochenende haben die Wählerinnen und Wähler in NRW die Gelegenheit ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen für den notwendigen Kurswechsel.

Denn in der jetzigen Verfassung der FDP, mit ihrer jetzigen Spitze, ist es besser, wenn die FDP nicht regiert! Egal wo!

Diese Wahl wird dabei nicht nur für NRW von entscheidender Bedeutung sein, sie wird auch eine Signalwirkung haben. Eine Signalwirkung ob die Regierung aus der Union und der FDP noch im Bundesrat ihre Mehrheit behalten und damit potenziell freie Bahn bekommt, um die ursprünglichen Ziele des Schwarz-Gelben Projektes doch noch umzusetzen.

Das wäre dann allerdings ein Kurswechsel in die schlechteste denkbare Richtung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen endlich flächendeckend anständige Mindestlöhne. Per allgemeinverbindlichem Tarifvertrag und per Gesetz. Und dieser Mindestlohn muss deutlich höher sein als 7,50 Euro! Es muss endlich Schluss damit sein, dass in dieser Republik immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht anständig leben können!

Und wir brauchen endlich Regeln, die Leiharbeit begrenzen und fair gestalten. Unsere Forderungen sind klar: „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld – Gleiche Rechte.“

Leiharbeit darf nicht zum Abbau von Stammarbeitsplätzen führen. Sie muss zeitlich begrenzt sein und anständig bezahlt werden. Wir wollen nicht noch mal erleben, dass die Leiharbeitnehmer in der Krise in kürzester Zeit ihren Job verlieren. Wir wollen keine Arbeitnehmer erster und Arbeitnehmer zweiter Klasse. Alle Arbeitnehmer haben Anspruch auf gute Arbeit, Sicherheit und Perspektive!

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

Leiharbeit ist auch ein wichtiges Thema für uns alle, nicht nur für die Leiharbeitnehmer. Denn eins ist klar: Die Arbeitgeber werden den Anteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ausbauen wollen. Ihnen geht es nicht um die Flexibilität, sondern um billige und willige Arbeitskräfte. Und sie werden daher den jetzt anstehenden kleinen Aufschwung dafür nutzen, den Beschäftigungsaufbau soweit wie möglich über die Leiharbeit abzudecken.

Das wir flexibel sein können, haben wir in zig Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen eindrücklichen bewiesen. Aber Flexibilität, die noch mehr zu Lasten der Beschäftigten geht, Löhne drückt, Arbeitsbedingungen verschlechtert, Rechte beschneidet – die machen wir nicht mit!

Mein Eindruck ist: Mit unserer beharrlichen Arbeit an dem Thema und mit unserer Kampagne haben wir als Gewerkschaften Bewegung in die Sache gebracht. Die gesellschaftliche Stimmung gegen Lohndrückerei, schlechte Arbeitsbedingungen und Spaltung von Belegschaften ist reif! Wir müssen das jetzt forcieren, Unterstützer gewinnen, öffentliche Aktion machen, alle zusammen richtig aufdrehen!

Jetzt gilt: Leiharbeit muss begrenzt und fair gestaltet werden. Deshalb fordern wir von der Politik: Tut endlich was! Wir fordern die Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht! Wir fordern faire Rahmenbedingungen! Wir fordern: Gleiche Arbeit – Gleiches Geld!

Dann haben wir die Chance, wirklich etwas zu verbessern! Ich bin sicher: Wenn wir uns da jetzt alle gemeinsam richtig reinhängen, dann können wir auch bei Mindestlöhnen und Leiharbeit etwas bewegen! Lasst uns das anpacken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die junge Generation rutscht immer häufiger in unsichere Lebens- und Arbeitsverhältnisse ab. Unbefristete, existenzsichernde Vollzeitarbeit gibt es immer weniger.

Junge Beschäftigte sind die allergrößten Verlierer auf dem Arbeitsmarkt – auch in Bayern. In keiner anderen Altersgruppe sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so häufig mit unsicherer Arbeit konfrontiert wie bei den unter 30-Jährigen.

- 26% der jungen Arbeitnehmer/innen unter 30 Jahre sind befristet beschäftigt.
- Nur 25% der unter 30-Jährigen sind unbefristet beschäftigt und verdienen mehr als 2.000 Euro brutto.

- 67% der jungen Menschen haben Angst um ihre berufliche Zukunft.

Die Übernahme nach der Ausbildung wird seltener. Ohne Übernahme droht aber erst einmal die (Jugend-) Arbeitslosigkeit. Der Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt läuft dann meistens über Leiharbeit, Befristungen und Minijobs. D.h. immer mehr junge Menschen stecken in prekären Beschäftigungsverhältnissen; ganz oft schlecht bezahlt. Auch in Bayern!

Das trifft alle. Auch Akademiker haben immer öfter einen schlechten Berufsstart, z.B. über unbezahlte Praktika.

Die Folgen sind fatal: Mit einem befristeten Arbeitsvertrag gilt man sowohl bei der Wohnungssuche als auch bei der Aufnahme eines Kredits als nicht vertrauenswürdig. Viele Unternehmen weigern sich, in befristet Beschäftigte zu investieren. Weiterqualifizierung wird zur Privatsache! Wer befristet beschäftigt ist, hat somit keinerlei Aufstiegschancen.

Damit hat die junge Generation schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und weniger Lohn in der Tasche – trotz Ausbildung oder Studium!

Und: Wer nicht weiß, wie es morgen weitergeht, hat keine Chance sein Leben zu planen. Gerade in einer Phase, in der die Lebens- und Familienplanung ansteht, sind junge Menschen stark verunsichert und materiell eingeschränkt.

Junge Beschäftigte brauchen vor allem eines: Beschäftigungssicherheit. Wir fordern die Unternehmen nachdrücklich auf, Auszubildende zu übernehmen. Und wir sagen auch ganz klar den Befristungen den Kampf an!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Und lasst uns der Politik auch weiterhin klar sagen, was wir von der Rente mit 67 halten! Immer länger arbeiten bei immer höheren Belastungen, während gleichzeitig die Jobs für junge Menschen fehlen. Massive Rentenkürzungen für alle, die nicht bis zum Schluss durchhalten. Während gleichzeitig viele unserer Rentnerinnen und Rentner schon heute nicht anständig von ihrer Rente leben können!

Das ist Irrsinn!

Das kann gar nicht funktionieren! Alle, die die betriebliche Praxis kennen, wissen das. Und deshalb gibt es dazu von uns nur eine Antwort: Die Rente mit 67 gehört weg – und zwar besser gestern als heute, Kolleginnen und Kollegen!

Wer ein Leben lang geschuftet und 40 Jahre gezahlt hat, der muss auch mit 60 in Rente gehen können und zwar ohne Abschläge!

Wir haben aber noch andere Erwartungen an die Regierung:
Wir brauchen eine neue, aktive Industrie- und Arbeitsmarktpolitik, damit industrielle Produktion und Arbeitsplätze Zukunft haben.

Wir erwarten, dass in die Zukunft unseres Landes investiert wird. Das heißt: Die Bereiche Bildung, Erziehung, Gesundheit massiv ausbauen. Gerade dort vernünftig bezahlte Arbeitsplätze schaffen! Das wäre mal ein mutiger Schritt.

Elementare gesellschaftliche Arbeit muss endlich auch gesellschaftlich richtig anerkannt werden. Für unsere Kinder, sollten anständig bezahlte Fachkräfte nicht teuer genug sein.

Und ein Land, das so sehr auf Bildung und Qualifizierung angewiesen ist wie kaum ein anderes, aber nicht bereit ist, dafür auch mal groß zu denken und mutig zu investieren kann sich dies auf Dauer nicht leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für einen Kurswechsel benötigen wir eine völlig andere Schul- und Bildungspolitik! Auch in Bayern:

- Kinder, die keine Krippenplätze bekommen;
- Schüler, die in vollen Klassenzimmern sitzen, dicht gedrängte Stundenpläne und oft keine Freizeit mehr haben;
- Studierende, die gezwungen sind, vielfältige Jobs anzunehmen, um Studiengebühren zu bezahlen;
- und Pädagogen, die oft genug schlecht bezahlt werden und kaum Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten

sind die dringendsten Warnzeichen für den nötigen Kurswechsel.

Das dreigliedrige Schulsystem ist am Ende!

Anstatt die Schüler endlich länger gemeinsam lernen zu lassen und gezielter zu fördern, wird wider besseres Wissen weiter nach vier Schuljahren über den Bildungs- und damit den Lebensweg entschieden!

Jedes Jahr werden zigtausende Jugendliche abgehängt und damit um Lebenschancen gebracht! Viel zu oft entscheidet nicht die Begabung, sondern der Geldbeutel der Eltern.

Bei gleicher schulischer Leistung, ist die Chance von Akademikerkindern 3 mal höher, das Abitur zu machen, als die von Arbeiterkindern!

Das zeigt:

Dieses System ist von vorne bis hinten schreiend ungerecht! Es produziert katastrophale Ergebnisse!

Die großen Streiks, Besetzungen und Demonstration der Schüler und Studenten haben im letzten Jahr doch eines deutlich gemacht:

Die Betroffenen sind massiv unzufrieden, wie mit ihnen Bildung gemacht wird.

Wir brauchen in der Bildungspolitik das, was in anderen Ländern schon lange Alltag ist; und das gilt insbesondere für Bayern: Individuelle Förderung, kleinere Klassen, guten Unterricht und Ganztagesbetreuung.

Das trägt auch dazu bei, die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen der Kinder zu begradigen. Denn nirgendwo in Deutschland sind Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern so benachteiligt wie in Deutschland, wie in Bayern. Gewiss, das alles kostet Geld. Aber es ist die beste Investition in unsere Zukunft!

Und wenn ich sehe, wo wir in dieser Wirtschaftskrise heute ohne Betriebsräte und Gewerkschaften stehen würden, dann erwarte ich auch, dass die Regierung sich für mehr Mitbestimmung einsetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei allen berechtigten Anforderungen an die Politik, lohnt es sich, das Augenmerk auf das zu lenken, was wir als Gewerkschaften selbst tun können und müssen, um auch in 10 oder 20 Jahren die starke Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein.

Das ist alles andere als unpolitisch. Mitgliederstärke ist die Voraussetzung für jede Form der erfolgreichen politischen Einmischung. Die Probleme, vor denen wir dort stehen, haben sich durch die Krise noch verschärft.

Nachdem, was wir bisher an Ergebnissen kennen, werden die Kandidatinnen und Kandidaten der DGB-Gewerkschaften insgesamt gestärkt aus den Betriebsratswahlen hervorgehen. Das bestätigt, dass wir in den Betrieben und Verwaltungen in den letzten vier Jahren gute Arbeit geleistet haben.

Und die offenbar gestiegene Wahlbeteiligung zeigt: Wenn unser Angebot stimmt, dann geben uns die Menschen dafür auch ihre Stimme!

Die anstehenden Aufgaben werden wir aber nur bewältigen, wenn sich unsere Betriebs- und Personalräte auf eine breite Mitgliederbasis stützen können. Und deshalb müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen, um die Stärke der Gewerkschaften und die Stärke unseres Gewerkschaftsbundes zu erhalten.

Mitgliederverluste in der Krise – das ist kein Naturgesetz. Das beweisen viele Mitgliederprojekte in den einzelnen Gewerkschaften, bei denen wir erfolgreich Menschen von uns überzeugen. Auch und gerade Menschen wie z.B. Ingenieure oder hochqualifizierte technische Experten, die wir traditionell schwieriger erreichen, weil sie gegenüber Gewerkschaften distanzierter sind.

Ich meine, wir haben gerade jetzt gute Argumente, um alle Beschäftigtengruppen selbstbewusst auf eine Mitgliedschaft anzusprechen. Wir haben als Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte durch unsere Arbeit in den vergangenen eineinhalb Jahren an Ansehen und an Einfluss gewonnen!

Wir haben seit Beginn der Krise tausende Kolleginnen und Kollegen gut unterstützt. Wir haben Arbeitsplätze und Zukunft gesichert. Wir haben erfolgreich Druck auf die Politik gemacht und wichtige Ziele erreicht.

Wir können allen sagen: Gute Arbeit und gerechten Lohn, einen starken Sozialstaat und eine andere Politik bekommst Du nur, wenn wir gemeinsam nach vorne gehen!

Wir gehen vor! In einer starken Gewerkschaft. In einem starken DGB. Je mehr wir sind, desto eher können wir mit dafür sorgen, dass die Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigiert werden! Dafür, dass alle Menschen in diesem Land eine faire Lebenschance bekommen. Dass wir über Gute Arbeit und mehr Gerechtigkeit nicht nur reden, sondern sie auch durchsetzen. Dafür, dass junge Menschen wieder anfangen, auf eine gute Zukunft zu vertrauen.

Dafür lohnt es sich allemal gemeinsam weiter zu kämpfen. So wie es in unserer Arbeiterbewegung gute Tradition ist: Mutig, entschlossen und selbstbewusst - mit unserer gewerkschaftlichen Kraft und Solidarität!

In diesem Sinn: Ich wünsche euch und euren Familien einen schönen 1. Mai!

Ich danke Euch!